

# SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/23

2. Februar 1972

Union in der ostpolitischen Sackgasse

"Münchener Coup" der CSU blamierte auch  
Barzols CDU

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Die Verteidigungs-Forschung wurde transparent

Anmerkungen zum Bundeswehr-Jahresbericht für  
Wehrtechnik

Von Klaus Richter MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Plädoyer für eine bessere Windschutzscheibe

Verbundglas ist sicherer als das Zinschicht-  
hartglas

Von Dr. Hans Apel MdB  
Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bun-  
destages und stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Rechte des Versammlungsleiters

Seite 7 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Posthaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 048 / 686 047/  
686 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Union in der ostpolitischen Sackgasse"Münchener Coup" der CSU blamierte auch Barzels CDU

Das in der kritisch-negativen Tendenz nahezu einmütige Echo der gesamten deutschen Presse von links nach rechts, einschließlich sogar der Springer-Blätter, wird den Spitzenakteuren der noch unter dem Oberbegriff "Union" laufenden Parteien CDU und CSU in krasser Deutlichkeit gezeigt haben, in welche Sackgasse sie sich in ihrer Funktion als Bundesopposition gerade auch in der Deutschland- und Ostpolitik selbst hineinmanövriert haben. Der verlegene Versuch ihrer Bundestagsfraktion, die "Richtlinien" und die "Gedankengänge" des Strauß-Stücklen-Seidel-Haubel-"Gegenvertragsentwurfs" in der Ratifikationsdebatte "zur Geltung bringen" zu wollen, ist der endgültige Eigenbeweis für die nunmehr Gewißheit gewordenen Vermutungen, daß die CSU mit ihrer Münchener Biltzaktion bewußt an der CDU und an dem nur zögernd akzeptierten und ungeliebten Kanzlerkandidaten vorbeilagert hat, um auch im außenpolitischen Bereich zu zeigen, wer in dieser "Union" tatsächlich das Sagen hat.

Das ist der eine und sicher ganz wesentliche Grund für das Strauß'sche Solounternehmen. Dazu kommt noch die schütz-ohrige Rache für den "Stufenplan" der CDU, mit dem Rainer Barzel die CSU und ihren so sehr auf Führungsreputation versessenen Vorsitzenden ebenso überrascht hatte wie das jetzt durch die Retourkutsche Vertragsentwurf mit der CDU geschehen ist. Der zweite Punkt ist die unüberschbar gewordene Tatsache, daß Strauß mit diesem Münchener Papier, mag es für die CDU im Blick auf die Alliierten auch noch so peinlich sein, die

Gewichte innerhalb des immer lockerer werdenden "Unions"-Zweckbündnisses fixieren wollte. Der Vorsitzende und die gesamte Führungsmannschaft der CDU haben sich gezwungen gesehen, den Strauß-Coup nolens volens zu decken und ihn, wenn auch noch so gewunden, zu billigen.

Das mußte geschehen, um das weitgehend angekratzte Image der Opposition und ihres Kanzlerkandidaten zu wahren, obwohl gerade Dr. Barzel nach seinen Besuchen in Moskau und in Washington jetzt ganz genau weiß, mit welchen Illusionen man sich in den Reihen der CDU und der CSU hinter den Blick in die Fakten versperrt hat. Die nüchternen Erfahrungserkenntnisse, die Dr. Barzel nach den Unterredungen mit dem US-Präsidenten Richard M. Nixon und dessen Ministern und Beratern gewonnen hat, mußten ihm schon auf dem Rückflug nach Bonn, als er erstmalig von dem Strauß-Papier erfuhr, schockartig klarwerden lassen, wie unrealistisch diese ganze angebliche "Alternativ"-Agitation der CSU und ihrer Leute in der CDU ist.

Die Unionsparteien werden mit den Verträgen leben müssen, die den Interessen der Bundesrepublik und ihrer westlichen Alliierten entsprechen und die, so unvollkommen sie nach der gewißlich nicht idealen Lage der Dinge nur sein können, doch für alle Beteiligten Staaten und Völker eine brauchbare und tragfeste Grundlage für die existenziell notwendige Normalisierung und Entspannung in Europa sind.

Was im Übrigen dieses Strauß-Papier selbst angeht, mit dem die bayerische CSU die Initiative in der "Alternativ"-Agitation gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag und gegen die Ratifizierungsgesetzgebung an sich reißen möchte, so soll hier, auf CDU-Hinweise fußend, nur ein Punkt festgehalten werden: Dieser "CSU-Vertragsentwurf" entspricht einem Vertrags-Papier, das der CDU-Landesverband Baden-Württemberg schon am 7. April 1971 unter die Leute gebracht hatte.

see cc/2.2.1972 Dgy

## Die Verteidigungs-Forschung wurde transparent

Anmerkungen zum Bundeswehr-Jahresbericht für Wehrtechnik

Von Klaus Richter MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Aufgabenschwerpunkte der wehrtechnischen Forschung und Entwicklung sind dem neuen Jahresbericht der Wehrtechnik zu entnehmen, den der Bundesverteidigungsminister dem Verteidigungsausschuß zur Beratung vorgelegt hat. Der Bericht stellt u.a. auch dar, daß für Forschung, Entwicklung und Erprobung im Verteidigungsbereich 1972 gegenüber dem Verteidigungshaushalt des Vorjahres 53 Millionen DM weniger eingeplant wurden. Der niedrigere Ansatz ist das Ergebnis einer Straffung insbesondere der wehrtechnischen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben.

Mit dem Haushalt 1972 setzte der Bundesverteidigungsminister und stellv. SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt eindeutige Prioritäten, die vor allem der Lage der Bundeswehr gerecht werden. Mit der "Bundeswehrlösung" werden alle Projekte im Forschungs- und Entwicklungsbereich erbarmungslos gestrichen, die nicht der Bedarfsdeckung der Bundeswehr dienen. Staatssekretär Ernst Wolf Womason wies bei den Verhandlungen im Verteidigungsausschuß des Bundestages mit Recht darauf hin, daß die steigenden Entwicklungsrisiken für neue Waffensysteme die Leistungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft zu überfordern drohen. Auch aus diesem Grunde muß eine stärkere multilaterale Wehrtechnik-Zusammenarbeit in Europa und in der NATO angestrebt werden. Bei solchen multilateralen Entwicklungen kann das technologische Wissen und Können verschiedener Partner eingebracht werden. Hinzu kommen erhebliche Standardisierungsvorteile und Integrationseffekte im Rahmen des Bündnisses.

Wehrtechnische Forschungsarbeiten werden nicht in bundeswehreigenen Einrichtungen durchgeführt. Aufträge werden an Hochschul-Institute und nicht hochschulgebundene Institutionen und an die Forschungseinrichtungen der Industrie vergeben. Die Aufträge

an den Hochschulen unterliegen keinen Geheimhaltungsbedingungen mehr. Darüber hinaus werden grundsätzlich alle Forschungsergebnisse sowohl in den entsprechenden Fachzeitschriften als auch durch das Dokumentationszentrum der Bundeswehr publiziert. Die Zahl der Veröffentlichungen dieser Berichte ist 1971 verdreifacht worden.

Die Aufgabenstellung der Wehrtechnik im Gesamtrahmen des Rüstungsbereichs hat Helmut Schmidt mit dem Rahmenerlaß zur Neuordnung des Rüstungsbereichs präzisiert. Aus dem Aufgabenkatalog sind folgende Schwerpunkte hervorzuheben:

- Beratung der Leitung des Ministeriums und der militärischen Führung in naturwissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten;
- Mitgestaltung an der Gesamt-Bundeswehrplanung;
- Entwicklung und Beschaffung neuen Wehrmaterials;
- Grundlagenerarbeitung durch wehrtechnische Forschung, Experimental-, Bausteine- und Komponentenentwicklung und Marktanalyse; und
- internationale Zusammenarbeit auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere im Rahmen der NATO.

Schwerpunkte der Forschung werden 1972 die Informatik und Kybernetik, die Geophysik, hier insbesondere die Ozeanographie, die Ballistik und die Luftfahrttechnik sein. Im Bereich der Werkstoffprobleme werden die Arbeiten über das Korrosionsverhalten von Titanlegierungen für den Flugzeugbau große Bedeutung bekommen. Herausragendes Ergebnis des Jahresberichtes: Der Forschungs- und Entwicklungsbereich, der von Geheimnissen umlagert schien, ist transparent geworden.

(-/ex/2.2.1972/ks)

\* - \*

Plädoyer für eine bessere Windschutzscheibe

Verbundglas ist sicherer als das Einschichthartglas

Von Dr. Hans Apel MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages und  
stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich auf seiner letzten Sitzung wieder einmal mit der auch in der Öffentlichkeit umstrittenen Frage "Verbundglas" oder "Einscheibenhartglas" für die Windschutzscheiben befaßt.

Das Ergebnis läßt sich leicht auf einen Nenner bringen: Die Abgeordneten sprachen sich überwiegend für das Verbundglas aus. Die Vertreter des Ministeriums blieben bei ihrer Haltung, daß beide Scheiben Nachteile hätten, wenig überzeugende Argumente nach der Meinung der Abgeordneten. Doch wir sind in unserer parlamentarischen Demokratie in der absurden Situation, daß der Bundestag zwar Luftverkehrsabkommen mit entfernten Ländern beschließt, aber auf die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung wie der Straßenverkehrszulassungsordnung, echten Volksgesetzen also, keinen direkten Einfluß hat. Hier gilt unser Wort soviel wie das der Verbände, ja der Glashersteller selbst.

Für mich ist es nach der Aussprache im Verkehrsausschuß noch deutlicher geworden: Verbundglas ist besser. Seine Einführung wäre zusammen mit dem Einbau von 3-Punkt-Gurten und Kopfstützen ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege zu einem Mehr an Verkehrssicherheit. Deswegen muß dieser Weg durch entsprechende EWG-Beschlüsse gegangen werden, denn nationale Regelungen werden in der großen EWG immer wirksamer.

Die meisten deutschen PKW sind mit einer Windschutzscheibe ausgestattet, die aus Einschichthartglas besteht, das bei Bruch durch Stoßschlag oder bei anderer äußerer Einwirkung mit einem Explosions-Knall zerspringt. Das passiert jährlich mehr als

200.000-mal. Meistens bleibt die Scheibe stehen, verwandelt sich dann aber in eine Milchglasscheibe mit unzureichender Durchsicht. Wenn sie herausfliegt, sind Augen und Gesicht des Fahrers durch Glassplitter gefährdet, wenn er auf den kantigen Rand aufschlägt.

Deshalb bauen einige deutsche Automobilhersteller bei teuren Autos seit Jahren bereits serienmäßig eine andere Windschutzscheibe ein, die aus Verbundglas ist. Alle anderen PKW können mit dieser Windschutzscheibe auf Wunsch gegen Aufpreis ausgerüstet werden. Der Preis dafür liegt zwischen 100 und 150 DM, wäre aber zumindest dann überhöht, wenn dieser Windschutzscheiben-Typ in alle PKW eingebaut werden würde.

Die Verbundglasscheibe besteht aus zwei dünnen Glasscheiben, die auf eine glasklare Kunststoffschicht geklebt sind. Dadurch bleibt die Windschutzscheibe bei Steinschlag voll durchsichtig. Sie wird von Steinen nicht durchschlagen. Aus diesem Grunde findet die Verbundglasscheibe zunehmende Verbreitung. Sie ist in den USA, Kanada, Italien, Israel, Norwegen und Schweden vorgeschrieben. Deshalb sind für Exportzwecke bereits mehr als ein Drittel aller in unserem Lande hergestellten PKW mit der Verbundglasscheibe ausgerüstet, obwohl nur fünf vH. der in der Bundesrepublik fahrenden deutschen PKW diese Scheibe haben.

Die Überlegenheit der Verbundglasscheibe für die Verkehrssicherheit ist für mich unbesreitbar. Es kann kontrovers debattiert werden, welche Folgen die beiden konkurrierenden Scheiben beim Aufprall durch die Insassen auslösen. Das Märchen vom Durchstoßen des Kopfes durch die Verbundglasscheibe und das Eindringen scharfer Kanten in den Hals des Verunglückten trifft allerdings nicht mehr die aktuelle Situation. Dennoch bleibt der Zusammenstoß des Kopfes mit einer starren Glasfläche eine der großen Gefährdungen aller Autofahrer. Hier hilft nur der angelegte Gurt, usw. auch dann, wenn die Verbundglasscheibe so eingebaut wird, daß sie bei stärkerem Aufprall von innen herausfliegt. Beim Einscheiberhörpölglas treten in jedem Falle schlimme, vielfältige Schnittverletzungen auf.

Wir brauchen für unsere Windschutzscheiben echtes Sicherheitsglas. Die ideale Lösung fehlt noch, obwohl vielfältige Forschungen seit langem laufen. Deshalb sollten wir uns für Verbundglas entscheiden. Es ist besser als das Einscheiberhartglas.

(-/ex/2.2.1972/ka)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Rechte des Versammlungsleiters  
-----

Der SPD-Landesverband Schleswig-Holsteins und der Kieler Rechtsanwalt und frühere NPD-Landtagskandidat Knippbals streiten vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig um Fragen, die für künftige Parteiveranstaltungen von großer Bedeutung sein können. Deshalb hat der Bundespartei Vorstand sich auch bereit erklärt, die Prozeßführung und das Kostenrisiko für den Weg durch die Instanzen zu übernehmen.

Anlaß ist eine Wahlkampfkundgebung mit Willy Brandt und Jochen Steffen im Februar 1971 in Neumünster, bei der es zu schweren Störungen durch Rechtsradikale kam, die die polizeiliche Entfernung einiger Randalierer aus dem Saal erforderlich machten. Von den Absichten der Rechtsradikalen in NPD, "Aktion 2000" und "Aktion Widerstand", die Versammlung zu stören und möglichst zu sprengen, hatten der Verfassungsschutz und die Kriminalpolizei vorher Kenntnis erhalten und den Versammlungsleiter Walter Tiemann unterrichtet. Dieser ordnete an, Besucher, die als zu diesen Gruppen gehörig erkenntlich waren, nicht in den Saal zu lassen. Herr Knippbals erschien mit dem Zeichen "W" der "Aktion Widerstand" auf dem Mantelrevers und wurde abgewiesen.

Warum ist dieser Prozeß für die künftige Partei- und Wahlkampfarbeit von grundsätzlicher Bedeutung?

1/ Es ist die Frage zu klären, ob Veranstalter und Versammlungsleiter öffentlicher Kundgebungen rechtlich verpflichtet sind, jedermann hereinzulassen, ob also das Grundrecht der Versammlungsfreiheit nicht nur Ansprüche gegen den Staat, sondern auch gegen die politischen Parteien gewährt, oder ob es im eigenen politischen Risiko der Parteien liegt, wenn sie Besucher abweisen und dadurch die Möglichkeit verlieren, diese für sich zu gewinnen.

2/ Es ist die Frage zu klären, ob ein Versammlungsleiter sich auf Auskünfte der Polizei verlassen kann und zur Vorbeugung einer konkreten Störungsgefahr durch bestimmte Gruppen Angehörige dieser Gruppen abweisen darf. Wenn nicht, wird es möglicherweise zur Vermeidung riskanter Prozesse gegen die Partei in Zukunft geboten sein, die Entscheidung über die Abweisung von Störern unmittelbar der dann in jedem Fall anzufordernden Polizei zu überlassen.

3/ Schließlich ist zu klären, ob sich ein Besucher einer Parteiveranstaltung das Bekenntnis zu einer Störergruppe durch das Tragen von Abzeichen dieser Gruppe zurechnen lassen muß. Wenn nicht, ist vorbeugender Versammlungsschutz kaum möglich.

(Zitiert nach "SPD-aktuell"/Kiel/29. Januar 1972)

(-/ex/2.2.1972/bgy)